

DIE GRÜNE MAMBA

Nachrichten aus der Stadtratsfraktion B' 90/Die Grünen - rosa liste



**Grünes Wachstum
für München, S. 5**

**Interview mit dem neuen
Fraktionsvorstand, S. 3**

**Aus Protest die Stadt regiert -
Bilanz von Sigi Benker, S. 7**

**Hat der Naturschutz in
München eine Chance? S. 8**

**Städtisches Klinikum -
schwierige Sanierung, S.11**

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

lange hat sich die grün-rosa Stadtratsfraktion mit der Frage geplagt, ob es noch zeitgemäß ist, sich mit einem Printorgan an die interessierte Öffentlichkeit zu wenden. Dabei rührten unsere Zweifel nicht nur aus dem allgemeinen rapiden Bedeutungsverlust von Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch aus dem Bewusstsein, dass die Grüne Mamba in der viele Jahre gewohnten Aufmachung kaum noch geeignet war, Interesse für Grüne Kommunalpolitik zu wecken. Ein neues Layout war unumgänglich. Mit frischeren Farben und weniger dichtem Textfluss versuchen wir jetzt, unsere Informationen an die Leserinnen und Leser zu bringen.

Vorgesehen sind zunächst drei Ausgaben in diesem Jahr. 2014 wird dann eine neue Stadtratsfraktion neu entscheiden, ob eine gedruckte Mamba weiter einen Platz in ihrer Öffentlichkeitsarbeit haben soll. Das redaktionelle Konzept bleibt dabei im Wesentlichen unverändert: Die Mamba wird weiterhin für diejenigen gemacht, die etwas mehr über die Arbeit der Grünen im Rathaus wissen wollen.

Die Stadtratsfraktion steht zur Zeit in einem personellen Umbruch. Der Weggang von Boris Schwartz ins Kommunalreferat, der noch bevorstehende Wechsel von Siegfried Benker zur MünchenStift GmbH sowie die Wahl eines neuen Fraktionsvorstandes markieren einschneidende Veränderungen für die Arbeit der Fraktion. Dies gilt im Fall von Siegfried Benker auch und besonders für die Grüne Mamba, die ihm seit der ersten Ausgabe im November 1984 unzählige Texte, Ideen und Anregungen verdankt.

An dieser Stelle gebührt Sigi Benker daher Dank für seinen Ideenreichtum, seine scharfen politischen Analysen und für seine Schreibfreudigkeit, die dem verantwortlichen Redakteur oft genug erst den Spielraum zur Gestaltung der Mambaseiten geschaffen haben.

In dieser Ausgabe findet sich auf den Seiten 7-10 die Bilanz seiner fast 30 Jahre im Rathaus. Die Grüne Mamba wünscht Sigi Benker viel Erfolg und alles Gute - sie wird ihn bestimmt noch vermissen.

Markus Viellvoye

IMPRESSUM

Die Grüne Mamba
Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion B' 90/Die Grünen - rosa liste
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 233 92619

Fraktionsvorsitzende:
Gülseren Demirel, Dr. Florian Roth

Mamba bedeutet ursprünglich „Münchens ambitionierte monatliche Basisausgabe.“

Redaktion: Markus Viellvoye (verantwortlich),
Sabine Nallinger, Sabine Krieger, Lydia Dietrich,
Jutta Koller, Siegfried Benker, Hep Monatzeder.

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Druck: ulenspiegel druck gmbh
Birkenstr. 3
82346 Andechs

„SENSIBILITÄT FÜR STIMMUNGEN AUS DER PARTEI“

INTERVIEW MIT FLORIAN ROTH UND GÜLSEREN DEMIREL, SEIT HERBST 2012 FRAKTIONS-VORSITZENDE

„Ihr seid jetzt 5 Monate im Amt...“

Gülsere Demirel: „...kommt mir wie 5 Jahre vor (lacht)...“

„...ist das ein großer Unterschied zu einem ‚normalen‘ Stadtratsmandat?“

GD: „Ja, eindeutig. Erstens muss man über alle Themen Bescheid wissen. Und außerdem hat man viel mehr Zeitaufwand um zwischen verschiedenen Positionen zu vermitteln und Verhandlungen zu führen - sowohl grünintern als auch in der Koalition.“

Florian Roth: „Im Wahlkampf bzw. Vorwahlkampf hat man als Fraktionsvorsitzender schon noch mal ein Stück mehr Verantwortung. Gerade in Krisen müssen die Vorsitzenden die Verhandlungen führen und nicht nur für die gesamte Fraktion sprechen, sondern die gesamte Fraktion auch einbeziehen. Das erfordert einen ganz anderen Kommunikationsaufwand und eine andere Präsenz als wenn man nur für bestimmte Themen zuständig ist.“

Habt Ihr Euch Euer altes Leben als ‚einfacher‘ Stadtrat schon mal zurückgewünscht?“

GD: „Nein, nein - ich bereue meine Entscheidung nicht.“

FR: „Nein, ich finde es schon spannend, in wie viele verschiedene Themen man als Fraktionsvorsitzender involviert ist. Man hat mit der ganzen Bandbreite der Themen einer Stadtgesellschaft zu tun. Das ist schon eine Herausforderung.“

„Ihr seid als Fraktionsvorsitzende Nachfolger von Sigi Benker und Lydia Dietrich, die beide eine lange Amtszeit hinter sich hatten. Ist das eher ein Vorteil, weil Ihr von den Erfahrungen profitieren könnt?“

FR: „Na, ich hatte ja den Vorteil, dass ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender schon zweieinhalb ‚Lehrjahre‘ hinter mir hatte, in denen ich die beiden Vorsitzenden beobachten und etwas lernen konnte.“

GD: „Lehrjahre hatte ich zwar nicht, aber natürlich nimmt man Erfahrungen der Vorgänger bzw. Vor-

gängerinnen mit. Auf der anderen Seite versuche ich aber auch, eigene Akzente zu setzen und einige Dinge anders zu machen.“

„Ihr habt Euch vorgenommen, bestimmte Dinge bewusst anders zu machen als der alte Vorstand?“

FR: „Wir haben beide von Anfang an einen Schwerpunkt darauf gelegt, in die Partei hinein zu kommunizieren und einen noch engeren Abstimmungsprozess mit den Gremien auf Stadt- und Landesebene herbeizuführen. Denn gerade vor den anstehenden Wahlen



ist es wichtig, dass Die Grünen geschlossen agieren. Auch in der rot-grünen Kooperation im Rathaus haben wir bei sich abzeichnenden Bruchstellen versucht, zu einer noch intensiveren Kommunikation zu kommen.“

GD: „Die Kommunikation hat sich optimiert. Es sollte ein elementarer Bestandteil der Zusammenarbeit von Fraktion und Partei sein, dass man auch Stimmungen aus der Partei mit einer gewissen Sensibilität begegnet – auch wenn man in der ein oder anderen Frage aus Koalitionswängen zu einer anderen Entscheidung kommt.“

„Im letzten Jahr ist die Personalpolitik der Grünen in die Kritik geraten – obwohl Grüne in Spitzenpositionen der Verwaltung oder städtischer Gesellschaften immer noch Ausnahmen sind. Wie wollt Ihr auf die wachsende Sensibilität der Öffentlichkeit für sogenannte Partei-buchwirtschaft reagieren?“

„SENSIBILITÄT FÜR STIMMUNGEN AUS DER PARTEI“

FR: „Wir haben sicher dazulernen müssen. Es reicht nicht, jemanden für kompetent zu halten, man muss auch alle Formalien 100%ig erfüllen. Ich habe keine Argumente gehört, warum Boris Schwartz nicht ein exzellenter Kommunalreferent hätte sein können. Aber es gab formale, juristische Einwände, die wir vielleicht von Anfang an ernster hätten nehmen sollen.“

GD: „Die Entscheidung für Siegfried Benker als Geschäftsführer der München Stift GmbH halte ich nach wie vor für richtig. Sie wurde außerdem vom Aufsichtsrat des Unternehmens getroffen – in dem es keine rot-grüne Mehrheit gibt. Und auch Boris Schwartz hätte sein Amt sicher gut ausgefüllt. Aber die Erfahrung, die ich aus den Personaldiskussionen mitnehme ist, die formalen Fragen im Vorfeld noch genauer zu prüfen und offener zu diskutieren.“

FR: „Vielleicht sollte man in Zukunft solche Personalentscheidungen auch offener in der Partei diskutieren. Wenn wir jemanden für geeignet für eine Spitzenposition halten, sollten wir uns nicht scheuen, dies auch öffentlich klar auszusprechen, damit hinterher nicht ein schlechter Nachgeschmack bleibt. Das entscheidende Kriterium bei solchen Besetzungen muss immer die Kompetenz sein. Wenn dann eine gewisse - oder auch größere - Nähe zu Grüner Politik hinzukommt, ist das gut, darf aber nicht entscheidend sein. Es ist uns leider nicht gelungen, das ausreichend zu vermitteln.“

„Eine andere schwierige Personalie war der Wechsel des Managements im Städtischen Klinikum. Obwohl die neue Geschäftsführung ohne politische Sympathien ausgewählt wurde, macht das Klinikum immer wieder negative Schlagzeilen - auch weil im Aufsichtsrat lange Zeit eine politische Selbstblockade geherrscht hat. Halten Sie es noch für richtig, Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften mit Vertretern aus der Politik zu besetzen?“

GD: „Es ist sinnvoll, dass Stadträte und Stadträtinnen in diesen Aufsichtsräten sitzen - aus dem einfachen Grund weil diese Gesellschaften städtisches Eigentum sind und der Stadtrat eine besondere Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge hat. Das Problem ist, dass bisweilen versucht wird, aus so einer Position politisches Kapital zu schlagen. So haben wir es leider im Aufsichtsrat des Klinikums erlebt...“

„...aber liegt das nicht in der Natur der Sache, wenn man Aufsichtsräte aus politisch konkurrierenden Parteien besetzt?“

FR: „Ich würde zwar nicht für alle Zeiten ausschließen, dass der Stadtrat seine Aufsichtsratssitze an unabhängige Experten delegiert, aber ich glaube nicht, dass die Schwierigkeiten des Klinikums damit zu tun haben. Hier ist die Arbeitnehmerseite in einer schweren Krise des Unternehmens ihrer Verantwortung einfach nicht gerecht geworden. Und einzelne Vertreter der Arbeitgeberseite haben parteipolitische Interessen in den Vordergrund gestellt – aber das gilt sicher nicht für die drei Grünen.“

„Wo sehen Sie in dem einen Jahr bis zur Kommunalwahl die größten Chancen für Die Grünen – und wo die größten Risiken?“

GD: „Eine große Chance liegt für uns in der Zufriedenheit, die in München mit der rot-grünen Kooperation im Rathaus herrscht, obwohl sie schon so lange andauert. Und in dieser langen Zeitspanne – 23 Jahre werden es dieses Jahr - liegt natürlich auch ein gewisses Risiko, denn im Landtagswahlkampf werden wir herausstellen, dass die CSU nach jahrzehntelanger Herrschaft endlich mal in die Opposition geschickt werden sollte. Das ist natürlich ein gewisser Spagat, aber wir müssen das eben inhaltlich begründen, unsere Leistungsbilanz herausstellen und klarmachen, dass wir noch einiges vorhaben in dieser Stadt.“

FR: „Ich glaube, eine große Chance besteht darin, dass urgrüne Themen wie Öffentlicher Nahverkehr und Radverkehr statt immer mehr Autos, mehr Grünflächen, mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und immer mehr dem Lebensgefühl eines urbanen Bürgertums entsprechen. Das sieht man auch an den Umfragen: 30 % der Befragten in München haben Sympathie für die Grünen. Darin liegt die Chance, das müssen wir in Wählerstimmen umsetzen. Ein Risiko liegt sicherlich in der nach wie vor schwierigen Lage des Klinikums, das wieder auf einen guten Weg gebracht werden muss. Dazu sind harte Entscheidungen notwendig und neue Strukturen. Ein weiteres Risiko ist die schon erwähnte lange Regierungszeit von Rot-Grün. Wir müssen den Eindruck vermeiden, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen wollen und stattdessen klarmachen, wer der Motor dieser Koalition ist und was wir noch alles erreichen wollen.“

GRÜNES WACHSTUM FÜR MÜNCHEN

VON SABINE NALLINGER

Durch das rasante Wachstum der Stadt und der Region ist fast die gesamte öffentliche Infrastruktur unter Druck geraten. Wir Grüne haben uns Nachhaltigkeit und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen auf die Fahnen geschrieben und sind in besonderer Weise aufgerufen, dieser Entwicklung nicht einfach freien Lauf zu lassen, sondern sie zu gestalten. Das rasante Bevölkerungswachstum darf weder zur leichtsinnigen Verschleuderung von Ressourcen noch zu einer Vertiefung der sozialen Gräben in der Gesellschaft führen.

Wachstum ist kein Selbstzweck – es scheint als teilten immer mehr Menschen in der prosperierenden Region München diese einfache Erkenntnis. Der gewonnene Bürgerentscheid gegen die 3. Startbahn spricht ebenso dafür wie der breite gesellschaftliche Widerstand gegen den Transrapid vor einigen Jahren.

Doch Wachstum ist auch kein Schreckgespenst. Erneuerbare Energien, Kinderbetreuung und Öffentlicher Nahverkehr sind nur einige Beispiele für Branchen, in denen Wachstum auch aus Grüner Sicht wünschenswert ist. Wachstum muss sich verbinden mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit – auch der sozialen Nachhaltigkeit. Das ist gerade jetzt eine unverzichtbare Richtschnur politischen Handelns.

Wenn München nicht eine Stadt nur für Reiche werden soll, müssen in den nächsten Jahren Wohnungen gebaut werden. Unser oberstes Ziel muss es sein, dass für alle bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und die Münchner (soziale) Mischung in allen Stadtvierteln zu erhalten bleibt.

An der ein oder anderen Stelle werden wir auch Nachverdichtung akzeptieren müssen - aber hier gilt es, behutsam vorzugehen, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, die Identitäten der Stadtteile zu bewahren und Natur- und Erholungsflächen zu schützen. Auch Frischluftschneisen müssen im Planungsprozesses mitgedacht werden. Sie sind gleichzeitig hervorragende

Rad- und Fußwegeverbindungen – Verkehrsarten, die wir gerade im Hinblick auf das Wachstum der Stadt fördern müssen - auch zwischen Stadt und Umland.

Denn schon heute ist klar: Die Bevölkerung in der Region wächst schneller als der ÖPNV. Es gibt Nachholbedarf. Auch der nach unserer Auffassung immer noch ungewisse Bau einer 2. Stammstrecke löst dieses Problem nicht. Wir brauchen Tangentialverbindungen um die Innenstadt zu entlasten. Diese können durch Trambahnstrecken wie der Westtangente oder der

Nordtangente hergestellt werden, aber auch der U-Bahn-Ausbau darf kein Tabu sein. Neben denkbaren Verbindungen wie zwischen Moosach und Pasing sind auch Verlängerungen ins Umland denkbar, etwa Richtung Aschheim oder Karlsfeld nach dem höchst erfolgreichen Vorbild der Anbindung Garching, aber auch eine Verlängerung der U5 über Pasing und Neuaußing nach Freiam. Ziel muss es sein, trotz Bevölkerungswachstum den Straßenverkehr zu reduzieren, auch durch ein attraktives Angebot, das Autofahrer in den öffentlichen Nahverkehr lockt. Auch Angebotsverbesserungen im Busnetz sind hier ein sinnvoller Baustein.

Noch vor dem Autoverkehr birgt die Gebäudesanierung das größte Potential zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Reduzierung der CO₂-

Emissionen. Die Stadt tut auf diesem Gebiet bereits eine Menge: 48 Mio € zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude, 14 Mio € für private, 9 Klimaschutzmanager kümmern sich ab April in den städtischen Referaten um die Koordinierung der städtischen Klimaschutzaktivitäten. Die energetischen Standards der Stadt und der städtischen Wohnungsgesellschaften bei Neubau und Sanierung liegen über den gesetzlich geforderten Werten. Doch unsere Ansprüche gehen in allen Bereichen deutlich über die Dimensionen der hier genannten Beispiele hinaus.



Foto: Konrad Fersterer

GRÜNES WACHSTUM FÜR MÜNCHEN

Auch sozialpolitisch darf München nicht im bereits Erreichten verharren. Gerade eine boomende Stadt muss der sozialen Spaltung entgegenreten, damit Menschen mit niedrigem Einkommen nicht verdrängt werden. Die Stadt muss alle ihre Möglichkeiten noch konsequenter einsetzen: Geförderter Wohnungsbau, die Durchsetzung hoher sozialer Standards bei Ausschreibungen, der Vorrang von Wohnungsbau vor Gewerbebauten, die Umwandlung von Büro- und Gewerbeflächen für Wohnungsbau oder die Ausübung des städtischen Vorkaufsrechts. Darüber hinaus sollen mehr Wohnungen durch städtische Wohnungsbaugesellschaften gebaut und dauerhaft sozial gebunden werden – 30 % sind auf lange Sicht eine erreichbare Zielmarke.

Das Bevölkerungswachstum entsteht momentan besonders durch Zuwanderung aus Ost- und Südeuropa. Unter den Zuwanderern ist auch eine wachsende Zahl von Flüchtlingen. Das bedeutet: Die Stadt wird noch internationaler, muss sich neuen sozialpolitischen Herausforderungen stellen und mit vielfältigen Minderheiten umgehen. Über das Resettlement-Programm setzt sich München für besonders schutzbedürftige

Flüchtlinge ein, die über das UN-Programm unter menschenwürdigen Bedingungen nach München kommen können.

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung bleibt eine Aufgabe von zentraler Bedeutung. Um Grundstücks- und Personalmangel zu überwinden, verstärkt die Stadt die Suche nach Grundstücken und Personal und versucht Privatpersonen und Unternehmen davon zu überzeugen, Kitas in ihre Planungen mit einzubeziehen.

Wachstum bedeutet Veränderung. Neue Siedlungsgebiete entstehen, es wird gebaut, nachverdichtet, die Verkehrsinfrastruktur wird ausgebaut. Derartige Veränderungen stoßen in unserem ohnehin schon hoch verdichteten urbanen Raum häufig auf Vorbehalte und Widerstände. Es wird also darauf ankommen, die Bürgerinnen und Bürger in die jeweiligen Planungen mit einzubeziehen, eine neue politische Kultur des Zuhörens und des Gehörtwerdens zu begründen, und die Ideen aus der Gesellschaft intensiver ins städtische Handeln einzubeziehen. Auch das bedeutet Wachstum - Wachstum an Demokratie!

NEU IN DER GRÜNEN FRAKTION: STADTRÄTIN ANJA BERGER

Mit Beginn des Jahres 2013 ist Anja Berger für Boris Schwartz in den Stadtrat nachgerückt. Die gebürtige Nürnbergerin begann während ihres Studiums der Sonderpädagogik an der Universität Würzburg sich politisch zu engagieren. Ihr Engagement führte sie rasch in den studentischen Sprecherrat und für ein Jahr auch in den Senat der Universität.

1998 wechselte sie für ihr Referendariat nach München und trat danach eine Stelle als Lehrerin am sonderpädagogischen Förderzentrum Innsbrucker Ring an, wo Kinder mit besonderem Förderbedarf unterrichtet werden. In dieser Zeit wurde sie auch Mitglied der Grünen und übernahm bald auch dort Verantwortung: zunächst beim Kreisverband München Nord, später auch im Stadtverband, zu dessen Vorsitzender sie 2002 gewählt wurde. Nach einer relativ kurzen Amtszeit von einem Jahr musste sie der Doppelbela-

stung von Beruf und zeitraubendem Ehrenamt Tribut zollen und stellte sich nicht zur Wiederwahl. Zwei Söhne im Alter von nun vier und sieben Jahren setzten der politischen Arbeit in der Folgezeit weitere Grenzen. Für den Bezirksausschuss Sendling blieb dennoch Zeit.

„Ich liebe meinen Beruf, denn man hat jeden Abend

das Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben, auch wenn es oft viel Kraft kostet“ sagt Anja Berger, die ihrer Schule auch als Stadträtin treu bleiben und weiter unterrichten will (allerdings mit geringerem zeitlichen Aufwand). „Durch meinen Beruf kenne ich natürlich viele soziale Brennpunkte in der Stadt und habe einen sehr praxisbezogenen Zugang zu sozial- und bildungspolitischen Themen.“ Anja Berger vertritt die grün-rosa Fraktion zunächst im Bil-

dungs- und im Finanzausschuss, später (nach dem Ausscheiden von Siegfried Benker zum 1. April 2013) auch im Sozialausschuss.



AUS PROTEST DIE STADT REGIERT

EINE BILANZ VON FAST 30 JAHREN GRÜNER KOMMUNALPOLITIK IN MÜNCHEN VON SIEGFRIED BENKER

Was hatten wir, Anfang der achtziger, diese Stadt satt! Gefühlte 30 Polizeibeamte auf jeden Demonstranten, seit den alten Römern wurde das Land von der CSU regiert und in München von einem OB, der alternative Hochburgen wie Haidhausen oder Westend als feindliches Gebiet ansah. Verstärkt von einem Kreisverwaltungsreferenten Dr. Gauweiler, der bald davon träumen würde Schwule zu kasernieren und dann als Innenstaatssekretär Demonstranten in Wackersdorf besonders effektiv jagen ließ.

Ein Grauschleier lag über der Stadt sangen die Fehl-farben. Meine autonome Hausbesetzergruppe wurde immer stärker dezimiert. Anfang 82 war die Szene der Hausbesetzer versprengt, desillusioniert oder im Knast.

Aber wie schon Goethe sagte: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.“ Mitte 82 gründeten wir die Alternative Liste München – und es stellte sich heraus, dass noch viele andere den Mief dieser Stadt weg haben wollten: Mieterinitiativen, Hausbesetzer, Frauengruppen, MigrantInnenorganisationen oder einfach freischaffende Stadtveränderer - sie alle einte eines: Her mit dem anderen Leben in einer Stadt ohne Grauschleier. Dummerweise waren auch die Grünen schon entstanden, so dass es erstmal – wie üblich im linken Lager – den Versuch gab, uns sofort in den Grünen aufgehen zu lassen, und wir erstmal die Grünen vollständig ignorierten. Da das auf Dauer blöd war, beschlossen wir auf einer Versammlung, deren Ablauf nur bedingt dem Anspruch auf Konsensprinzip und Gewaltfreiheit entsprach, dass Grüne und Alternative eine gemeinsame Liste zur Stadtratswahl aufstellen sollten.

PROTEST BRAUCHT PAPIER!

Und da wir die Stadt neu erfinden wollten, schrieben wir das kleinteiligste Kommunalwahlprogramm aller Zeiten. In beherzter Ein-Punkt-Schrift füllten wir ca. 72 Zeitungsseiten, auf störende Bilder oder andere feuilletonistische Blickfängereien verzichteten wir in reformistischem Eifer.

Als die Grün-Alternativen 1984 dann mit sechs StadträtInnen erstmals ins Rathaus einzogen, hatte vor allem einer ein Problem: OB Georg Kronawitter. Eben erst hatte er es allen linken Kritikern in seiner Partei gezeigt, sie mit seiner Moosröschekampagne populistisch in Grund und Boden und sich selbst zurück

an die Macht gearbeitet – da erschienen ihm diese Grün-Alternativen wie die unseligen Wiedergänger der Jusorebellen der späten siebziger Jahre.

PROTEST PASST AUCH INS RATHAUS

Dennoch begannen die Grün-Alternativen tapfer die Vorstellungen von Ökologie, Basisdemokratie, Selbstverwaltung, Transparenz und Migrationspolitik in die Stadtpolitik zu tragen: „Eine andere Stadt ist möglich.“ Wir stürmten den VIP-Bunker in der Heßstraße 120 um zu zeigen, dass wir dort auf keinen Fall leben möchten, wenn die nächste Atombombe fällt, ließen es uns bei der Eröffnung des Atomkraftwerks Ohu II nicht nehmen, lautstark gegen die Rede von FJS zu protestieren, bis wir rausgeschleift wurden, hatten das Hungerstreik-Info Büro für die politischen Gefangenen der RAF genauso bei uns zu Gast wie die Indianerkommune, die tagsüber in der Konsumfängerzone hungerte und abends unseren Fraktionskühlschrank plünderte. Wir verstanden uns als Außenstelle des Protestes im Rathaus. Aber praktisch veranlagt, wie wir waren, haben wir auch echte Kommunalpolitik getrieben.



Mitte der 80er Jahre im Grünen Fraktionszimmer...

AUS PROTEST DIE STADT REGIERT

PROTEST UND DIE DIALEKTIK DER MACHT

Als Gauweiler Staatssekretär wurde, sollte Christian Ude ihm als Kreisverwaltungsreferent nachfolgen. Doch Abweichler aus der SPD (wie unschuldig war Kronawitter dabei?) verhinderten Udes Wahl – wir aber verhinderten, dass uns Kronawitter die Schuld in die Birkenstockschuhe schieben konnte, indem wir bei der Abstimmung identisch gekennzeichnete Kreuze machten. Somit konnten wir beweisen, dass wir Ude gewählt hatten – im Gegensatz zur SPD-Fraktion, die es dann auch prompt zerriss. Und als die SPD die Grünen 1988 bei den Referentenwahlen auf Teufel komm raus von der Referentenbank fernhalten wollte, haben wir uns kurzerhand mit der CSU unter Walter Zöllner geeinigt.

Die Basis war geschockt. Die Republik rieb sich die Augen. Kronawitter aber, den diese Hinterfotzigkeit an sich selbst in seinen besten Zeiten erinnerte, schloss nach der nächsten Kommunalwahl das rot-grüne Bündnis, das noch immer hält.

Jetzt kamen viele Gruppen und Initiativen, die bisher immer links liegen gelassen wurden, erstmals in den Genuss öffentlicher Förderung, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllten – damit wurden die sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre gesellschaftlich anerkannt.

Aber die Protestkultur hat es in Regierungsverantwortung schwer, sehr schwer. Die Flughafenverlagerung stand an und war natürlich nicht mehr aufzuhalten, da war nichts mehr zu machen. Die Messeverlagerung wurde von den Grünen mit dezentralen Konzepten

Aktionen, die uns heute keiner mehr glaubt:

- **Einrichtung des Hungerstreik-Info-Büros zur Situation der politischen Gefangenen der RAF.**
- **Beherbergung der Indianerkommune während ihres Hungerstreikes in der „Konsumfängerzone.“**
- **Herabhängen eines endlos langen Transparents mit der Aufschrift „JA zur Rüstung = Ja zum Massenmord“ - und als der Wind unmittelbar nach Anbringung des Transparents das ganze umstülpte war minutenlang zu lesen: „Ja zum Massenmord.“**
- **Sturm in den Katastrophenschutzbunker.**

„erbittert bekämpft, dann aber für den Erhalt des Bündnisses letztlich doch mitgetragen – den Grünen sei Dank mit einem Kostendeckel. Die Protestkultur traf auf strukturelle Mehrheiten, die nicht zu ändern waren und die die Grünen immer gleich vor die Frage stellten: Mitmachen und das Veränderbare verändern – oder die Regierungsverantwortung aufgeben. Das Zähneknirschen war oft bis über die Stadtgrenzen zu hören – die Grünen mussten als strukturelle Grundlage dieser Stadt eine Mehrheit akzeptieren, die Großprojekte förderte und der es gar nicht in den Sinn kam, den eindimensionalen Wachstumsbegriff in Frage zu stellen. Daran änderte sich 20 Jahre nichts bis – ja, bis die MünchnerInnen die 3. Startbahn am Flughafen ablehnten. Eine andere Stadt ist nicht nur möglich, sondern anscheinend auch gewünscht – doch dazu weiter unten mehr.



Einweihung der Gedenktafel für Gustav Landauer mit Charlotte Knobloch und Christian Ude.

Noch eine andere Auseinandersetzung brachte dauerhafte Veränderung mit sich: 1993 wollte OB Kronawitter unbedingt den CSU-Mann Uhl als Kreisverwaltungsreferenten wiederwählen. (Ein Reaktionär im Ordnungsamt verhindert Angriffe auf rot-grün war seine Rechnung – dass der Reaktionär dann selber vor allem rot-grün angriff hatte er dabei nicht bedacht.) Uhl wurde von den Grünen kategorisch abgelehnt – und es wäre hier sicher erstmals eine Bereitschaft der Basis vorhanden gewesen, das Bündnis platzen zu lassen. Nach erbitterten Streitigkeiten, die Angelika Lex und ich austrugen, tolerierten die Grünen Uhl aber doch (ohne ihn zu wählen) und bekamen dafür: Alles, was die Grundlage einer fortschrittlichen Migrations- und Flüchtlingspolitik in München ausmacht: Flüchtlingsamt, Refugio, Ombudsmann, Stelle für interkulturelle Arbeit, Flüchtlingsbetreuung usw. Das war die Dialektik des

AUS PROTEST DIE STADT REGIERT

Protestes: Wir mussten das Schlimmste akzeptieren um das Beste zu erhalten. Wie dem auch sei: Uhl ist schon lange weg, alles andere gibt es noch immer. In der Migrations- und Flüchtlingspolitik ist den Grünen eine grundlegende Änderung der kommunalen Politik gelungen. Seltsame Wege sucht sich der Protest manchmal, bis er wirklich in Kommunalpolitik gegossen werden kann.

Ähnlich war es in der Wohnungslosenspolitik: Nachdem sich das Wohnungsamt – ach, und auch die Verbände – über Jahre geweigert hatten, die Kosten vorübergehender Unterbringung auch nur zu nennen, gelang der Paradigmenwechsel: Wohnungslosigkeit möglichst verhindern statt Wohnungslosigkeit zu finanzieren, Wohnungslose so schnell wie möglich aus dem Obdachlosensystem wieder herausbringen, statt sie in diesem System teilweise über Jahre und Jahrzehnte und Generationen zu belassen. Auch das war eine Strukturänderung, wie sie den Grünen später vielleicht nur noch bei der Kehrtwende der Stadtwerke weg von der Kohle, hin zu 100% regenerativer Energie gelungen ist.



Blockade eine Neonazi-Demo im Herbst 2008

PROTEST UND BETON

Denn echte Richtungswechsel sind in dieser Stadt schwer. Die strukturkonservative Mehrheit – notfalls aus SPD und CSU – hält im Ernstfall doch immer. Rot-Grün hat viele Dinge auf den Weg gebracht, aber die den Grünen wirklich wichtigen ökologischen Veränderungen sind in Zukunft nur noch mit einem anderen strukturellen Verständnis zu erreichen. Auf Dauer können nicht überall Radfahrer UND Autofahrer zu ihrem Recht kommen. München ist eine prosperierende Stadt – auch dank Rot-Grün-Rosa – aber der Reichtum verhindert oft auch das Umdenken, weil immer alles möglich ist. Das Grüne geht oft obendrauf, unten tummelt sich das alte Denken. Das mögen die MünchnerInnen auch, sie haben Hochhäuser über 100 m verhindert und sich dafür entschieden, Milliarden in Autotunnels am Mittleren Ring zu stecken und die Infrastruktur der Allianz-Arena mit 100 Mio. Euro zu finanzieren.

Aber jetzt spürt München deutlich die Grenzen des Wachstums – und dies hat eine kathartische Wirkung:

Die MünchnerInnen haben doch tatsächlich die 3. Startbahn für den Flughafen abgelehnt. Die Grenzen des Wachstums führen dazu, dass sich sehr viel mehr Menschen die Frage stellen, was geschehen muss, damit München lebenswert bleibt – nur wer sich verändert bleibt sich treu – nur wer sich treu bleibt, kann sich auch verändern.

Die Grünen waren mit ihren Protesten vielleicht oft zu früh dran, vielleicht manchmal mit einem zu heftigen Beißreflex bei Großprojekten ausgestattet - aber die gegenwärtige Situation zeigt, dass der beschleunigte Veränderungsdruck fatale Auswirkungen auf die Stadt hat. Die MieterInnen als seismografische Instanz, haben die tektonischen Erschütterungen als erste bemerkt. Die Entscheidung der Münchnerinnen zur 3. Startbahn war ein Zeichen der Erschütterung über das, was die Globalisierung, das Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik, die Rolle der Stadt in der erweiterten EU usw. bewirken können. Noch nie waren die Konzepte der Nachhaltigkeit so gefragt wie jetzt. Knapp 30 Jahre nachdem die Grünen in der Stadt erstmals die Frage nach dem Wachstum gestellt haben, wird dieses Thema für die Stadt von entscheidender Bedeutung.

In dieser Situation besteht wieder eine echte Chance, grüne Ideen auch strukturell in der Stadtpolitik zu verankern. München wird sich nachhaltig weiterentwickeln und seinen Charme schützen oder es wird zu einem Disneyland der Globalisierung.

AUS PROTEST DIE STADT REGIERT

PROTEST IST WICHTIG - MACHT ABER VIEL ARBEIT

Wie wohl kaum ein zweiter habe ich in den letzten 30 Jahren versucht, in einer Politik der Zuspitzung Protestinhalte in die Rathauspolitik einzubringen. Nicht nur aus Spaß, sondern weil ich der festen Überzeugung bin, dass gesellschaftlicher Protest da entsteht, wo Veränderung verschlafen oder verdrängt wird. Das Einbringen von Protestinhalten ist immer auch der Versuch, den großen Tanker umzusteuern.

Ich habe mit dem Anti-Atom-Büro die Proteste gegen Wackersdorf von München aus koordiniert. Ich war Teilnehmer am berühmten Kessel 1992 als die Polizei auf bayerische Art mal so richtig hinlangte, war Anmelder der Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch vom 1. 3. 1997 – und das noch so ungefähr 50mal mehr in den nächsten Jahren, was dazu geführt hat, das ca. während zwei Dritteln meiner Amtszeit als Stadtrat und Fraktionsvorsitzender gegen mich ermittelt wurde – und ich viermal vor Gericht stand. 2002 war ich einer der Wortführer gegen das Totalverbot der Proteste gegen die Sicherheitskonferenz.

Viel wichtiger aber war es mir noch, bis dahin unerhörte – ungehörte – Protestinhalte, Verstecktes, Verdrängtes, in der Stadt Vorhandenes aber noch nicht in der Stadtpolitik sich Widerspiegelndes in die offizielle Politik zu tragen: Eine Welt-Arbeit. Endlich gelang es, das Eine-Welt-Haus zu bekommen, zu finanzieren und gegen alle Widerstände zu sichern, das Nord-Süd-Forum endlich mit ausreichenden Mitteln auszustatten, eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der sog. 3. Welt einzugehen – auch wenn diese schwierig ist wegen der politischen Situation. Ich habe die Situation Illegaler in München auf die Tagesordnung gesetzt, genauso wie das koloniale Erbe in Form von Straßennamen, die teilweise leider immer noch nach echten Verbrechen gegen die Menschlichkeit benannt sind - da war sie wieder, die strukturelle Mehrheit, die bloß nix ändern will.

Ich habe die Diskussion über den Polizeibericht jedes Jahr von gelangweilten 20 Minuten auf bis zu vier Stun-

den ausgedehnt – und Polizeiübergriffe thematisiert und das Verhalten der früheren U-Bahn-Wache der sog. Schwarzen Sheriffs. Ich habe versucht, Wohnraum für Wohnungslose, die ein Haus besetzt haben, genauso zu bekommen wie Aufenthaltsmöglichkeiten für Kontingentflüchtlinge. Ich habe das NS-Dokuzentrum angestoßen – aber vor allem verhindert, dass es wieder an den unsichtbaren Widerständen in München in Vergessenheit gerät. Ich habe ein Georg-Elser-Denkmal, ein Kurt-Eisner-Denkmal, einen Erinnerungsort für Gustav Landauer angestoßen. Ich habe eine große



Veranstaltungsreihe zur Räterepublik und Revolution in München initiiert – und eine große Reihe zur Geschichte der Proteste in München seit 1945. Ich habe versucht zu zeigen, dass es neben Oktoberfest und Konservatismus auch ein anderes München gibt. Ein München, das auch eine fortschrittliche Geschichte hat, das sich den dunklen Kapiteln seiner Geschichte stellt und das die aktuellen Herausforderungen annimmt. Vieles, was vor 30 Jahren undenkbar gewesen wäre, ist heute selbstverständlicher Bestandteil der Stadtpolitik. Ich konnte an entscheidender Stelle mitwirken, nach dem gesellschaftlichen Aufbruch der 68er auch den kommunalpolitischen Aufbruch nach 1984 zu gestalten. Dafür bin ich dankbar – und das mit den

30 Polizisten pro Demonstranten – das schaffen wir auch noch – da werde ich mich jetzt als Bürger wieder darum kümmern.

Wofür ich dankbar bin:

- Dass die Grünen mich sechsmal aufgestellt haben
- Dass die MünchnerInnen mich fünfmal in den Stadtrat gewählt haben (wenn auch zweimal als Nachrücker)
- Dass die Fraktion mich achtmal zum Fraktionsvorsitzenden gewählt hat
- Dass ich fast 30 Jahre lang an verschiedenen Positionen die Entwicklung dieser Stadt mitprägen konnte
- Dass es jetzt das Vertrauen gibt, dass ich die städtische Münchenstift GmbH leiten kann

STÄDTISCHES KLINIKUM – SCHWIERIGE SANIERUNG

DIE SANIERUNG KANN NUR GELINGEN, WENN DIE MACHTSPIELCHEN AUFHÖREN

VON LYDIA DIETRICH

Das Städtische Klinikum kommt nicht aus den Schlagzeilen: Immer wieder neue Defizite, bisher unentdeckte Sanierungsbedarfe an Bauten, seit Monaten lähmende Streitereien um die Verwirklichung des von der Geschäftsführung des Klinikums vorgelegten Sanierungsplans – dabei ist das Klinikum auf dem richtigen Weg und hat gute Chancen, bald die ersehnte „schwarze Null“ zu schreiben.

Nachdem in Folge der sogenannten „Sterikrise“ (aufgrund immer wieder auftretender Verschmutzungen von OP-Bestecken musste die zentrale Sterilgutversorgung am Klinikum Bogenhausen zeitweise geschlossen werden) im Jahr 2010 die gesamte Geschäftsführung ausgewechselt worden war, geriet das Städtische Klinikum in heftige Turbulenzen. Zu den unmittelbaren Mehrkosten und Einnahmeausfällen kam ein immenser Imageverlust, so dass das Defizit auf ca. 24 Mio. Euro anwuchs.

Auch die neue Geschäftsführung unter Leitung von Dr. Elizabeth Harrison konnte den Abwärtstrend nicht sofort stoppen. Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich das Defizit nochmals auf ca. 50 Mio. Euro, weil die während der „Sterikrise“ verlorenen erlösrelevanten Fallzahlen nicht gleich zurückgewonnen werden konnten. Gleichzeitig stiegen die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf ebenso wie die Personalkosten.

2012 konnte das Defizit im Jahr auf ca. 38 Mio. Euro reduziert werden. An einem wirklich umfassenden Sanierungskonzept führt jedoch kein Weg vorbei, wenn man das Ziel der „schwarzen Null“ bis 2015 tatsächlich erreichen und die StKM als kommunales Klinikum erhalten will.

Dazu ist es aber unumgänglich, sich der Herausforderung der Sanierung zu stellen, d.h. die knallharten Fakten in Form von Benchmarks, Markt- und Produktivitätsanalysen als Grundlage auch des politischen Handelns zu akzeptieren. Das heißt nicht, dass Die Grünen ihre Ziele aufgeben - im Gegenteil, wir werden weiter dafür kämpfen, dass in Harlaching ein Neubau als Passivhaus entsteht. Und wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Pflege besser ausgestattet wird und auch ein politisch wirksames Mitspracherecht erhält. Dennoch müssen Entscheidungen getroffen werden - und hier ist der Aufsichtsrat in den letzten Monaten trotz zahlreicher zeitaufwendiger Sitzungen seiner Aufgabe nicht gerecht worden.

Die Auseinandersetzungen haben das Gremium mittlerweile handlungsunfähig gemacht. Zu häufig standen Machtpolitik und die Interessen der eigenen Klientel im Vordergrund. Für den Sanierungsprozess wesentliche Entscheidungen wurden immer wieder hinausgezögert bzw. gar nicht erst getroffen. Hinzu kommt, dass eine vertrauliche Zusammenarbeit durch die ständige Weitergabe interner Informationen an die Öffentlichkeit unmöglich gemacht wird.

Den vorläufigen Tiefpunkt bildete der von der Arbeitnehmerseite eingebrachte Misstrauensantrag gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden Hep Monatzeder am 19. Februar 2013. Anlass war die Debatte über die Frage, ob eine vom Aufsichtsrat für hohe Honorare engagierte Beratungsfirma ohne Ausschreibung weiter beauftragt werden könne. Der Aufsichtsratsvorsitzende schlug vor, die rechtliche Basis einer weiteren Auftragsvergabe bzw. Ausschreibungspflicht durch die Rechtsabteilung der Stadt klären zu lassen. Dies wurde unerklärlicherweise von einer Mehrheit abgelehnt.

Während der Sitzung wurde allerdings klar, dass die in Frage stehende Beratungsfirma ausgewählte Mitglieder des Aufsichtsrates (die grünen VertreterInnen gehörten nicht dazu) mit einer rechtlichen Begutachtung munitioniert hatte, die zur Frage einer weiteren Auftragsvergabe an sie selbst Stellung nahm. Dieses Vorgehen führte dann zu dem Eklat, in dessen Folge die Arbeitnehmerseite einen Misstrauensantrag gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden stellten.

Der Vorfall hat endgültig deutlich gemacht, dass das Städtische Klinikum dringend Veränderungen braucht um die Handlungsfähigkeit des Aufsichtsrates und die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Es gibt zu dem unten stehend skizzierten Sanierungsplan keine grundsätzliche Alternative.

1. MEDIZINISCHES KONZEPT

Künftig sollen sechs Schwerpunkte an allen Standorten vorgehalten werden: Tumorzentrum, Herz- und Gefäßmedizin, Erkrankungen des Bewegungsapparates, Altersmedizin, Zentrum für Schmerztherapie, Abdominalzentrum. Weitere zehn Schwerpunkte wird es an einzelnen Standorten geben, u.a. das Neurozentrum, Lungenzentrum und Geburtsmedizin. Durch den Ausbau der häuserübergreifenden Zusammenarbeit sollen

STÄDTISCHES KLINIKUM – SCHWIERIGE SANIERUNG

Defizite für Patienten in der medizinischen Versorgung vermieden werden. So haben wir z.B. bereits jetzt eine häuserübergreifende Versorgung Harlaching/Neuperlach im Bereich der Geburtshilfe durch einen Chefarzt für eine Abteilung an beiden Standorten.

Ein weiterer Baustein des Medizinischen Konzeptes ist der Ausbau der Marktführerschaft in der Notfallversorgung. Hier ist es Ziel, die bestehenden Kooperationen auszubauen sowie ambulante und stationäre Versorgung besser zu integrieren. Vor allem soll rund um die Uhr und an sieben Tagen in der Woche die Aufnahmebereitschaft gewährleistet sein.

2. SANIERUNGSPROJEKTE

Um die Erlöse zu erhöhen müssen erbrachte Leistungen vom Klinikum auch adäquat in Rechnung gestellt werden – was aufgrund von Mängeln in der Dokumentation und Kodierung bisher nicht konsequent genug geschehen ist.

Ein „Einweiserbindungsprogramm“ soll außerdem Kooperationen zwischen Klinikärzten und niedergelassenen Ärzten befördern und niedergelassene Ärzte zur Einweisung in die entsprechende Klinik veranlassen. Dabei sind regelmäßige Besuche von leitenden Ärzten des StKM bei Haus- und Fachärzten geplant.

Zur Kostenreduzierung setzt der Sanierungsplan zum Einen auf die Einführung eines ganzheitlichen Logistikkonzeptes – z.B. durch die Bildung von Einkaufsgemeinschaften. Zum Anderen führt aber auch am Abbau von Personal kein Weg vorbei, insbesondere im Bereich der Verwaltung. Zur Zeit wird die Übernahme der Beschäftigten aus dem Textilservice und der Reinigung des StKM durch die LH München geprüft. Hintergrund waren die im Marktvergleich zu hohen Kosten im StKM, das diese Leistungen zukünftig von externen Anbietern einkaufen werden.

3. BAUMASTERPLAN

Die StKM GmbH steht vor großen Bauinvestitionen im dreistelligen Millionen-Euro Bereich (rd. 700 Mio. Euro), die neben den Fördermitteln des Freistaates Bayern und den Investitionszuschüssen der LH München auch durch Eigenmittel der StKM finanziert werden müssen. Diese Eigenmittel stehen aber in den Rücklagen nur zur Verfügung, wenn das Klinikum wirtschaftlich arbeitet.

Zu den Baumaßnahmen gehören auch der Neubau des Standortes Harlaching und laufende Sanierungen an allen Standorten. Darüber hinaus wird zur Zeit geprüft, ob die Standorte Bogenhausen und Schwabing nicht besser zusammengelegt und auf einem geeigneten Grundstück neu gebaut werden. Da beide Krankenhäuser einen immensen Sanierungsbedarf haben, wäre unter wirtschaftlicher Betrachtung ein Neubau durchaus zielführend.

Insgesamt lässt die positive Entwicklung der StKM hoffen, dass die Sanierung greift und 2015 ein positives Ergebnis zu erreicht werden kann.

Voraussetzung ist allerdings, dass alle Entscheidungsträger die Sanierung mittragen und die Machtspielchen im Aufsichtsrat aufhören.



Bürgermeister Hep Monatzeder, STKM-Geschäftsführerin Eliabeth Harrison sowie Stadträtin und Aufsichtsrätin Lydia Dietrich

HAT DER NATURSCHUTZ EINE CHANCE?

DIE NATUR HAT OFT EINEN GERINGEN STELLENWERT IM HANDELN DER STADTVERWALTUNG VON SABINE KRIEGER

München ist eine lebenswerte Stadt. Noch! München wird durchzogen vom grünen Band der renaturierten Isar, der Würm, vielen Parks, kleinen Freiflächen, grünen Gärten und Natur- und Landwirtschaftsflächen am Stadtrand. Doch das Münchner Stadtgebiet ist sehr dicht besiedelt. Immer mehr Flächen werden angesichts des großen Wohnungsdrucks bebaut oder verdichtet und das wird angesichts der Wachstumsprognosen der Stadt in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Doch um lebenswert zu sein, braucht eine Stadt auch viel „Grün“. Und nicht nur Aufenthaltsflächen für die Menschen, sondern auch Naturschutzflächen. Doch der Kampf ums „Grün“ wird immer härter werden. Grün- und Freiflächen haben noch einen vergleichsweise hohen Stellenwert, aber Natur- und Baumschutz haben es schwer in München!

So spielen Ökologie und Naturschutz bei der Neuanlage oder dem Umbau von Grünflächen und bei der Nachverdichtung nur eine untergeordnete Rolle.

Seit Jahren kämpfen wir um einen verbesserten Biotop-, Natur- und Baumschutz. So erhält der LBV seit 2008 mehr Geld für die Pflege privater Biotope, das Forum Biotoppflege bringt endlich alle Naturschutzakteure (Naturschutzverbände, Untere Naturschutzbehörde, Gartenbau, Kommunalreferat und Referat für Gesundheit und Umwelt) in der Stadt an einem Tisch zusammen, und arbeitet an gleichen Pflegestandards. Seit letztem Jahr gibt es nach jahrelangen Diskussionen endlich einen Naturschutzbeauftragten auf der Panzerwiese, der die BesucherInnen über die Regeln des Naturschutzgebietes informiert und über deren Einhaltung wacht. Die Naturerlebnistage für Kindergartenkinder sind dauerhaft finanziell gesichert und manche Freiflächen von Kindertageseinrichtungen werden naturnah umgestaltet. Und natürlich das große Erfolgsprojekt - die renaturierte Isar.

Doch oft wird der Erhalt von Biotopflächen nur mit Kompromissen erkaufte, da andere Interessen Vorrang haben. So am Gleisdreieck in Pasing, wo unbedingt ein Baumarkt aus dem Entwicklungsband Hauptbahnhof-Laim-Pasing umgesiedelt werden musste. Das Biotop wurde verkleinert, wird aber jetzt gepflegt. So wird es auch am Bogenhausener Hüllgraben sein: Auf der einen Seite der Bau eines Gewerbegebietes, auf der anderen Seite die Pflege der restlichen Biotopfläche

(die vorher nicht gepflegt wurde). Unser Ziel ist es deshalb, die Naturschutzverbände früher – schon im Rahmen der sogenannten Eckdatenbeschlüsse – in die Planungen einzubinden. So können frühzeitig Lösungen gefunden werden, die sowohl dem Naturschutz als auch der Bebauung dienen. An der Gleisharfe in Aubing konnte durch die frühzeitige Einbindung bereits zum ersten Mal eine naturschutzverträglichere Lösung gefunden werden, indem ein größerer Abstand zu den besonders schützenswerten Bereichen eingeplant wurde.

Um Natur auch in der Stadt zu halten, brauchen wir den Schutz von „Tabuflächen“ – alle Flächen, die als landesweit und überregional bedeutsam bewertet werden. Dies hat keinerlei Priorität in München, denn unser entsprechender Antrag vom März 2011 ist trotz mehrmaliger Anmahnung immer noch nicht bearbeitet.

40 % der Münchner Stadtfläche sind unbebaut, aber nur 8-10 % sind noch naturnah erhaltene Lebensräume. Diese zu schützen wird immer schwieriger. Die Nutzungskonflikte in München sind enorm. Wohnungen oder Naturschutzflächen? Wie bekommen wir das zusammen? Zwar müssen bei Bebauungen zerstörte Biotope und Naturschutzflächen vorrangig in unmittelbarer Nachbarschaft der Maßnahme ausgeglichen werden, jedoch ist dies nur in 40 % der Fälle möglich. Biotope in den innerstädtischen Gebieten sind zur Seltenheit geworden. Ausgeglichen wird vor allem am Stadtrand auf dem 1. Münchner Ökokonto im Eschenrieder Moos oder auf Ausgleichspools in der Nähe von Großmaßnahmen wie z.B. die Messestadt. Eine stärkere Verteilung der Ausgleichsflächen über das Stadtgebiet wäre wünschenswert. Die Einrichtung eines 2. Ökokontos in der Mooschwaige ist ein Anfang.

Eine dicht bebaute Stadt braucht Bäume, vor allem im innerstädtischen Bereich, denn sie verbessern die Luftqualität und das Stadtklima und erhöhen die Aufenthaltsqualität. Unsere Baumschutzverordnung schützt zwar vor massiven Abholzungen, aber oft dürfen alte Bäume doch gefällt werden. Denn Baurecht geht vor Baumschutz. Auch wenn versucht wird, den Bauherrn eine Umplanung nahezu legen, um Bäume zu schützen, wird dies in der Verwaltung nur halbherzig verfolgt. Hauptgrund für Baumfällanträge ist die Verkehrssicherheit. Hier versäumt es die Stadt leider, für alte Bäume Schutzmaßnahmen zu fordern, stattdessen

HAT DER NATURSCHUTZ EINE CHANCE?

gibt sie eher dem Fällantrag statt. Sie hat Angst vor einem Gerichtsverfahren wie bei der Riemerschmidvilla in Pasing, wo viele alte Bäume gefällt werden durften. Zwar gibt es Auflagen zur Ersatzpflanzung, doch diese werden mangels Personal oft nicht kontrolliert - und wenn doch, sind die Strafen so niedrig, dass sie von einigen Eigentümern einkalkuliert werden.

Aber oft genug müssen Bäume nicht für Wohnungsbau fallen, sondern für Tiefgaragen. Auch deshalb wird es Zeit, die Stellplatzsatzung zu ändern, denn ein Stellplatz pro Wohnung entspricht vor allem im geförderten Wohnungsbau nicht mehr der Nachfrage! Zumindest müssen Flächen für die Situierung von Großbäumen bei Tiefgaragen eingefordert werden.

Vor allem in der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) fehlt es an Personal speziell für Baumschutz und flächenhaften Naturschutz. Wir hatten hier zwar im letzten Koalitionsvertrag eine zusätzliche Stelle ausgehandelt, diese wird aber fachfremd eingesetzt. Denn die UNB ist mit Bebauungsplänen völlig überlastet. Dabei müsste die Baumschutzverordnung angesichts kleinerer Grundstücke und Verdichtungen angepasst werden und das Augenmerk auf Nachpflanzungen deutlich steigen. Und dafür braucht man qualifiziertes Personal.

Aber auch das Baureferat – Gartenbau, das für Pflege und Unterhalt der städtischen Parks und Grünflächen zuständig ist, stellt ein übertriebenes Sicherheitsdenken vor den Schutz von Bäumen und Naturschutzflächen. So gibt es über die Beschneidung und Fällung von Bäumen im Pasinger Stadtpark seit Jahren unterschiedliche Positionen von Bund Naturschutz und Gartenbau – inzwischen allerdings entschärft durch regelmäßige Gespräche.

Aber im FFH-Gebiet der Isarauen hat das Baureferat erst vor kurzem wieder sein geringes Gespür für naturschutzrechtliche Belange demonstriert. In seinem Verkehrssicherungswahn wollte das Referat die Isarhangkante mit Verbauungen absichern. Diesen Maßnahmen wären nicht nur viele Bäume zum Opfer gefallen. Die zum Teil hunderte von Metern langen kleinschichtigen Übernetzungen wären auch ein empfindlicher Eingriff in das Felsökosystem und die dort lebenden Fledermäuse und Greifvögel. Die vorgeschriebenen Zulassungsverfahren wurden von den Juristen des Referats mit Argument „Gefahr im Verzug“ sehr selbst-

bewusst vom Tisch gewischt. Auch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung unterblieb. Erst eine Klage des Bund Naturschutz (BN), der als Träger öffentlicher Belange vor Gericht erfolgreich seine Mitwirkungsrechte durchsetzte, konnte den Plänen vorerst einen Riegel vorschieben.

Aus Sicht der Grünen ist dieser Vorgang in doppelter Weise kritikwürdig: Nicht nur, weil das Baureferat die Belange des Naturschutzes seiner recht weitgehenden Auslegung der Wegesicherungspflicht untergeordnet hat. Sondern auch, weil wir grundsätzlich Wert darauf legen, dass das Fachwissen der Zivilgesellschaft - in diesem Fall des BN - genutzt wird und die Verbände nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dies würde allerdings einen Paradigmenwechsel in der Verwaltung voraussetzen, der nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht von selbst, sondern nur durch entsprechenden politischen Einfluss in Gang kommen wird.

Anders gesagt: Mehr Naturschutz in München gibt es nur mit mehr Grünen Stadtratsmandaten.



Nach der Niederlage vor Gericht sperrte das Baureferat große Teile des bislang als sicher geltenden Wegs nach Grünwald - eine Trotzreaktion?

MÜNCHENS INTERNATIONALES ENGAGEMENT

VON HEP MONATZEDER

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) ist zwar - anderes als in anderen europäischen Ländern - bisher keine Pflichtaufgabe und nicht mit staatlichen Entwicklungsgeldern ausgestattet, doch sind die deutschen Städte heute wichtige Akteure und gefragte Partner für südliche Kommunen ebenso wie für staatliche und private Entwicklungsorganisationen.

Dies hat auch damit zu tun, dass die Städte in den letzten Jahren stärker in den Fokus der internationalen Entwicklungsagenda gerückt sind. Inzwischen leben mehr als 50 % der Weltbevölkerung in urbanen Zentren und die schnell wachsenden Megacities stehen vor immensen Herausforderungen. Das Know How der deutschen Kommunen und das deutsche Modell der kommunalen Selbstverwaltung sind gefragt und man setzt auf einen praxisbezogenen Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe.

Die Stadt München ist seit Mitte der 90er Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv - in der Zeit wurden die Städtepartnerschaft mit Harare und die Klimabündnis-Partnerschaft mit dem Volk der Asháninka im Peruanischen Regenwald gegründet. Später kamen weitere Projektpartnerschaften dazu wie z.B. die Zusammenarbeit mit Batticaloa, Sri Lanka, oder die Projekte von rückkehrenden Flüchtlingen im Kongo, in Burkina Faso und Afghanistan.

Das Konzept für die Münchner KEZ, das der Stadtrat im Juni 2010 verabschiedet hat, ist der Rahmen für das entwicklungspolitische Engagement der Stadt München, aber auch Legitimation für die Fachreferate, die sich für ihr internationales Engagement vorher oft rechtfertigen mussten.

Ein Themenschwerpunkt des KEZ-Konzepts liegt mir besonders am Herzen: die Förderung der Zivilgesellschaft in unseren Partnerstädten Kiew und Harare. Ich bin ich seit vielen Jahren mit simbabwischen Bürgerrechtsaktivisten im Kontakt und habe ihre Arbeit immer wieder unterstützt. Vor ihrem ausdauernden, mutigen und ideenreichen Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit habe ich hohen Respekt. Ich bin der Überzeugung, dass Simbabwe nur mit einer starken und selbstbewussten Zivilgesellschaft eine Zukunftschance hat, und dass wir über die Städtepartnerschaft hier wichtige Impulse setzen können.

Ähnliches gilt für die Ukraine, die nach der schwungvollen orangenen Revolution nun wieder in alte Zeiten zurückzufallen droht. 2010 luden wir Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik, Bürger- und Men-

schenrechtsorganisationen aus allen drei Städten zu der Konferenz „Zivilgesellschaft in Harare, Kiew und München“ ein.

Mit Kiew wurde eine Kooperation im Bereich der HIV-Prävention vereinbart. Neben dem fachlichen Austausch geht es vor allem darum, die Position der Betroffenen in Kiew zu stärken und die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden zu verbessern. Über diese Schiene kamen schwul-lesbische Gruppen beider Städte in Kontakt und gründeten 2012 eine sehr aktive Szenepartnerschaft. Menschenrechtsarbeit steht hier ganz oben auf der Tagesordnung, denn in der Ukraine werden sexuelle Minderheiten stark diskriminiert. Gesetzliche Verbote drohen und der im Mai 2012 in Kiew erstmals geplante CSD, zu dem auch Stadträtin Lydia Dietrich gereist war, musste wegen der Übermacht gewaltbereiter Gegendemonstranten abgesagt werden.

Neu ist auch die Zusammenarbeit mit ukrainischen Umweltgruppen. Für sie ist der Austausch mit der Stadt München nicht nur aus fachlicher Sicht wichtig, sondern er stärkt auch ihre Position gegenüber den Behörden. Möglicherweise ergibt sich daraus bald ein Gemeinschaftsprojekt – im Gespräch ist eine von Münchner und Kiewer Anteilseignern getragene Bürgersolaranlage auf den Dächern von Kiew.

In Harare haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, Bürgerorganisationen in unsere Kooperationen mit der Stadtverwaltung einzubinden, etwa bei dem Projekt „IT-Konzept für die Stadt Harare“. Es hat zum Ziel, das Finanzmanagement der Stadt Harare durch IT-Unterstützung funktionsfähiger, transparenter und damit weniger korruptionsanfällig zu machen.

Aber auch die Münchner Zivilgesellschaft spielt eine enorm wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit. Mehr als 200 Akteure engagieren sich in München für eine gerechtere Welt - professionelle Entwicklungsorganisationen und Stiftungen, ehrenamtliche Vereine und Eine-Welt-Gruppen, Unternehmen, Schulen oder Kirchengemeinden. Besonders freut es mich, dass sich immer mehr Migrantinnen und Migranten darunter befinden, die aufgrund ihrer sprachlichen und kulturellen Kompetenzen, Kontakte und Ortskenntnisse wichtige Beiträge leisten können. Wäre eine weitere Städtepartnerschaft, in die Münchner Migrantinnen und Migranten von Anfang an intensiv eingebunden sind - vielleicht mit einer Stadt in einem muslimischen Land - nicht eine logische Konsequenz aus diesem wachsenden Engagement?

X-GAMES – CHANCE ODER ÄRGERNIS?

DER MOTORSPORT TRÜBT DIE AUSSICHT AUF DIE EIGENTLICH ATTRAKTIVEN X-GAMES VON JUTTA KOLLER

München ist Sportstadt! In mehr als 600 Vereinen können Sport-Interessierte mit und ohne Handicap ein passendes Angebot finden.

Klar: erst mal kommt Fußball und dann Fußball und dann – aber ja doch – Fußball. Aber zum Glück ist das nicht alles. Auch im Spitzensport haben wir einiges zu bieten. Beim Basketball, Hockey, Eishockey spielen Münchner Mannschaften in der ersten Bundesliga und auch erfolgreiche Leichtathleten, Schwimmer, Ringer usw. trainieren in unserer Stadt.

Jetzt hat München den Zuschlag für die X-Games bekommen. Die X-Games bieten Sportarten an, die gerade junge Menschen ansprechen und auf den Trend für Münchens alternativen Sportszene treffen. Skater und Biker sind bei uns gut organisiert, aber eben jenseits der traditionellen Vereinslandschaft. Die Spiele könnten also eine echte Chance werden, um diese Trendsportarten noch mehr in München zu etablieren.

Der Stadtrat war deswegen über den Zuschlag zunächst sehr erfreut. Ärgerlich ist allerdings, dass gegen alle Abmachungen und Versprechungen Motorsportwettkämpfe viel mehr Raum bekommen als ursprünglich vereinbart. Die Motocrossrennen werden nicht in der Halle sondern im Stadion stattfinden. Das ist nicht mit unseren Grünen Vorstellungen von Sport vereinbar.

Bisher haben wir es gut geschafft, die manchmal sehr schwierige Balance zwischen Outdoor-Sport und Umweltschutz zu halten:

Bei der Renaturierung der Isar ist eine gute Mischung gelungen zwischen Bereichen, die seltenen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum bieten, und Bereichen, die zum Schwimmen oder Kanufahren genutzt werden können. Wir sind stolz, dass im Eisbach und in der Isar weltweit bekannte Großstadtsurfer aktiv sind und setzen uns immer



Kein Platz für Motorsport: Das Münchner Olympiastadion

wieder dafür ein, dass die Bachläufe genügend Wasser für die Wellen führen. Die „Anfängerwelle“ an der Floßlände steht im Feuer, aber wir werden uns weiterhin für sie einsetzen.

Biken in den Isarauen – ein sehr beliebtes Hobby vieler Radler zur Zeit – macht uns mehr Schwierigkeiten. Hier versuchen wir den Bikern ausgewiesene Übungsstrecken anzubieten, um das hochwertige Biotop zu schützen. Aber bei Motorsportveranstaltungen im Olympiapark konnten wir uns noch nicht durchsetzen. Doch stehen wir mit unserer Kritik nicht mehr alleine, unsere konsequente Haltung hat viele andere überzeugt, und von daher sind wir sicher, dass zumindest die Autorallye ein einmaliges Ereignis bleiben wird.

Den Grünen ist wichtig, dass die X-Games nicht nur ein Event für die Zuschauer werden, sondern einen Mehrwert für junge Sportler in München haben. Der Fokus auf neue Sportarten wird hoffentlich mehr Sportvereine dazu bringen ihr Angebot auszuweiten oder zu ändern. Wir haben in München zu wenig Platz, um für jede neue Sportart neue Flächen auszuweisen. Aber eine Halle für die Skater und Biker – das wäre richtig fein! Wenn der vielleicht eintretende Hype durch die X-Games dazu führt, dass sich der Besitzer irgend einer leer stehenden Fabrikhalle bemüßigt fühlt, sie den Sportlern günstig zu Verfügung zu stellen, dann wäre das ein Riesengewinn für München. Denn wenn wir auch in den Sommermonaten ein gutes Angebot

an Skateanlagen haben, so gibt es im Winter einfach gar nichts. Das ist für die Sportler, die natürlich auch im Winter trainieren wollen, nicht akzeptabel.

Also: wenn das Autorennen wirklich nur in diesem Jahr stattfindet, Motocross in die Halle kommt und für die Biker und Skater ein besseres Angebot entsteht, können wir uns auf und über die X-Games in unserer Stadt nur freuen!